

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei S. L. Daube & Co.,
Haasen & Vogler,
Adolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 827.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 24. November.

1881.

Amtliches.

Berlin, 23. November. Der König hat den Pfarrer Büchsel in Niederfinow zum Superintendenten der Diözese Eberswalde, Regierungsbezirk Potsdam, ernannt.

Dem Tierarzt erster Klasse Lembeck zu Garzhostel ist die kommissarische Verwaltung der Kreis-Tierarztstelle des Kreises Eckernförde übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 24. November.

Es geht uns aus der Provinz ein Exemplar des „konservativen Steuerprogramms“ zu, das zu einer Massenagitation benutzt werden soll, und dessen wir mehrfach, namentlich im zweiten Leitartikel unserer Nr. 823 gedacht haben. Dasselbe wird massenhaft in's Land geworfen. Unser Gewährsmann allein hat drei Exemplare erhalten! Das eine als Geheimbewohner, das zweite als Gutsbesitzer, das dritte als Brennereibesitzer. Ebenso hat sein Beamter und sein Brennereiverwalter je ein Exemplar erhalten. Zusammengehalten mit der Versendung der kaiserlichen Botschaft in die Gemeinden kann dieses agitatorische Vorgehen nur die Meinung bestärken, daß die Regierung seitig in nicht zu ferner Zeit eine Reichstagssatzung und Neuwahlen in Aussicht genommen sind, für welche schon jetzt Stimmung gemacht werden soll. Jedes Exemplar der Petition ist folgendes Schreiben beigelegt:

Essen, Datum des Poststempels.

Geehrter Herr! In einer am 1. Oktober in Essen a. d. Ruhr stattgehabten Versammlung von Grund- und Hausbesitzern und Gewerbetreibenden aus Stadt- und Landkreis Essen wurde die in einem Druck-Exemplar beigefügte Petition an das königliche Ministerium betr. Aufhebung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, Einführung einer gerechten, auf Selbststeinhäzung beruhenden Einkommenssteuer mit stärkerer Heranziehung des fundirten Einkommens, Vermeidung der indirekten Steuern und Entlastung der Gemeinden befohlen und zugleich das ergebnist unterzeichnete Komitee beauftragt, der Petition zuzustellen, mit dem Antheimigen, dieselbe nach Gutheilung gefällig in ihrer Gemeinde zur Unterschrift offen zu legen und nach geschehener Vollziehung entweder direkt an das königliche Staats-Ministerium, oder an den mitunterzeichneten Bürgermeister Herrn Kerkhoff zu Altendorf, Landkreis Essen, Frankfurt einzureichen. Endlich wurde noch beschlossen, den Mitgliedern des Gemeinde-Vorstehern, wie hiermit geschieht, je ein Exemplar zur Deckung der Kosten ersuchen wir um portofreie Einlieferung eines Beitrages von 50 Pfennigen.

Die Kommission: G. Eichenscheidt, Gutsbesitzer zu Kray bei Steele. C. Hoffmann, Gutsbesitzer zu Vogelheim bei Borbeck. Kerkhoff, Bürgermeister der Landgemeinde Altendorf bei Essen. Rothhausen, Lehrer zu Borbeck. C. Rienhausen, Gutsbesitzer zu Gelsenkirchen.

Wir bitten nochmals, die mit dem Namen des Orts, dem Datum und den Unterschriften versehenen Petitionen e. v. in 14 Tagen — gefalzt — frankfurt an den Herrn Bürgermeister Kerkhoff in Altendorf bei Essen einzufinden.

Liegt der Schwerpunkt vielleicht in den 50 Pfennigen zur Bildung eines Wahlfonds, nach welchem ja konservativerseits fortwährend geseufzt wird?

Die „Nat.-Ztg.“ leitet die heute beginnende erste Bezahlung des Reichsvoranschlages mit folgender Befragung ein:

„Die allgemeine Diskussion, der man entgegenstellt, wird Ergebnis feststellen, daß die Reichspolitik auf einem Punkt angelangt ist und weder vorwärts noch rückwärts kann. Da alle Leidenschaften in Bewegung gesetzt werden können, so wird man sich mit Allgemeinheiten gegenseitig absetzen. Seit mehr wie Jahresfrist sind in den Parlamenten fast noch Wahlreden gehalten worden. Fürst Bismarck selbst hat das Ergebnis zu dieser Taktik gegeben. Nun ist die Wahl vorbei und die ganze Perspektive spitzt sich auf neue Wahlen und neue Wahlreden zu. Die Politik des Staatslebens und lähmend auf den Verkehr wirken. Die Politik des Staatslebens ist aber nichts anderes, als die ins Unbestimmte hinausweitung mit Agitationen, diese Politik widerspricht den Anforderungen, die man an ein normales Staatswesen zu richten hat, in der direktesten Weise.“

Die amtliche „Wiener Zeitung“ publiziert die Ernennung des österreichischen Botschafters in Petersburg Grafen Kalnoky zum Minister des kaiserlichen Hauses und zum Minister des Auswärtigen. Durch die Erfüllung dieser letzten Formalität hat das Provisorium am Wiener Ballplatz endgültig sein Ende erreicht. Graf Kalnoky übernimmt die Geschäfte in seinem Zeitpunkte, in welchem, wenigstens nach den Versicherungen von autoritativster Stelle, der politische Horizont so wolkenlos ist, wie kaum jemals in den letzten Jahren. Dennoch wird der Minister des Auswärtigen vielleicht bald in der Lage sein, seine diplomatischen Fähigkeiten zu behaupten. Sofern das Ministerium Gambetta in Frankreich, wie das Verhalten Rumäniens in der Donaufrage können ihm leicht dazu Gelegenheit

geben. Für das Verhältniß zwischen Österreich und Deutschland bedeutet die Ernennung Kalnoky's die entschiedene Fortsetzung der bestehenden innigen Beziehungen. Als Beweis dafür mag gelten, daß, wie der „Pest ex Lloyd“ bestimmt versichert, Graf Andrássy dem Monarchen die Ernennung Kalnoky's empfohlen hat. Politisch gilt Graf Kalnoky als ein Anhänger der gemäßigten konservativen Richtung. Die Stellung, welche Graf Kalnoky früher als österreichischer Vertreter beim Vatikan eingenommen hat, hat die Frage hervorgerufen, ob er als Anhänger der ultramontanen Richtung anzusehen sei. Unseres Wissens ist dies nicht der Fall, vielmehr hat der neue Minister sich auch hier von den Extremen ferngehalten und wandelt die in katholischen Ländern gewöhnliche Mittelstrafe.

Die Spaltung der Partei der Rechten, welche mit den Czechen und Polen die Majorität des Abgeordnetenhauses bildet, und die Bildung eines deutsch-konservativen Klubs hat sich in diesen Tagen vollzogen. Wie dem „Vaterland“ seitens des Schriftführers des bisherigen „Klubs des rechten Zentrums“, Dr. Victor Fuchs, angezeigt wird, hat sich eine Reihe von Abgeordneten aus den Kronländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Steiermark, Ober- und Niederösterreich, unter Aufrechterhaltung der von denselben bisher im Abgeordnetenhaus vertretenen Grundsätze, als Zentrumsklub konstituiert und den Prinzen Alfred Liechtenstein in zum Obmann, den Dr. Liebacher zum Obmann-Stellvertreter gewählt. Von einer dem neuen Klub nahestehenden Seite und zwar mit aller Entschiedenheit erklärt, daß derselbe an dem Bunde mit den übrigen Parteien der Rechten treu festhalten werde; indessen bleibt die Hervorhebung des klerikal Charakters doch bedeutsam. Was den nächsten Anlaß der Spaltung anbelangt, so beobachten die Organe der Rechten große Reserve und das „Vaterland“ deutet nur an, daß Misshelligkeiten mit der Klubleitung, dem Obmann Grafen Hohenwart, die sich eben erst in den letzten Tagen scharf zuspitzten, zu der raschen Lösung der lange schwelenden Klubfrage beigetragen haben. Unmittelbar den Anlaß zum Austritt der Fraktion soll die Nichtberücksichtigung ihrer Anträge wegen Wiederherstellung der konfessionellen Schule gegeben haben. Falls alle konservativen Abgeordneten der obengenannten Alpenländer dem neuen Zentrumsklub beitreten, würde derselbe 38 Mitglieder zählen, während der alte, auch ferner unter der Führung des Grafen Hohenwart stehende Klub 24, meist der slowenischen und kroatischen Nationalität angehörige Abgeordnete umfassen wird.

Die Anzeichen, daß die römische Kurie ihre Bestrebungen zur Wiederlangung ihrer weltlichen Macht ernstlich wieder aufgenommen hat, verdichten sich in solcher Weise, daß an einem plannmäßigen Vorgehen in dieser Richtung nicht mehr gezweifelt werden kann. Der Ausgangspunkt war bekanntlich der nächtliche Straßenskandal in Rom bei der Überführung der Leiche des neunten Pius. Die Art, wie dieser Skandal ausgebeutet wurde, bestätigte unsere Vermuthung, daß man den Skandal ausdrücklich provozieren wollte, um daran die Beschwerden und Forderungen anzuflügen. Wenn jetzt, wie verlautet, an die deutsche Regierung die Forderung von Seiten des Vatikans gestellt wird, bei der Wiederherstellung der weltlichen Papsttherrschaft mit zu wirken und an diese Bedingung die Herstellung des kirchlichen Friedens oder gar die Unterstützung der Regierungsmaßregeln geknüpft wird, so scheint uns das allerdings nur die logische Konsequenz der von Deutschland begonnenen Taktik, welche die Fragen der inneren Politik als Gegenstand diplomatischer Abmachungen mit einem auswärtigen geistlichen Oberhaupt behandelt. Rom handelt vollständig folgerichtig und sucht den Moment in jeder Richtung auszunutzen. Wie die Regierung des deutschen Reiches sich diesen römischen Ansprüchen gegenüber verhält, darüber lauten die Mittheilungen ungemein verschieden; auch hier trifft die Charakteristik ein, die ein hervorragender Staatsmann jüngst von den Aufgaben der deutschen offiziellen Presse gab; er verglich sie mit dem Saft, mit dem der Tintenfisch das Wasser verdunkelt, wenn er seine Bewegungen zum Angriff oder zur Vertheidigung macht. An den verschiedenen Lesarten, die über die Stellung der Reichsregierung verlauten, gehen wir zunächst mit gleicher Skepsis vorüber; wir lassen es auf sich beruhen, wenn versichert wird, der Reichskanzler habe erklärt, die römischen Ansprüche gingen gegen seine Ehre und nehmen es auch nicht wörtlich, wenn am Reformationsfest ein Regierungsorgan die Ultramontanen einlädt, um für ihre Kirche in einem kritischen Moment außerordentliche Vortheile einzuernten. Die Stelle, wo eine solche Frage zum Antrag gebracht werden kann, scheint uns, sagt die „National-Ztg.“, nur der deutsche Reichstag zu sein und wir warten ab, wie weit man dem deutschen Volke über diese Verhältnisse eine genügende Aufklärung zu geben für gut finden wird.

Das Tagesgespräch bildet in Paris die neueste Niederlage, welche die republikanische Sache unerwartet im Senat

erlitten. Daß der Kandidat der Linken, Seinepräfekt Herold, bei der Wahl zum lebenslänglichen Senator durchfiel, verursacht namentlich unter den gambettistischen Deputirten große Aufregung. Herold erhielt acht Stimmen weniger als Bösin Laverrière von der Rechten, was der Abwesenheit von etwa einem Dutzend republikanischer Senatoren zugeschrieben wird. Herold kam sofort nach der Abstimmung des Senats um seine Entlassung als Präfekt des Seinedepartements ein. Die meisten republikanischen Blätter stimmen Lemoine bei, welcher im „Journal des Débats“ ausführt, die Niederlage Herold's im Senat beweise, daß der Senat in seiner jetzigen Verfassung stets reaktionär sein werde und dieser Vorgang müsse am nächsten Sonntag bei der Ernennung der Delegirten für die Senator-wahlen großen Einfluß zu Gunsten der Revision ausüben.

Die meisten Blätter bedauern den Rücktritt Saint-Valliers, hoffen aber, Challemel-Lacour werde, wenn er deutscherseits für den Berliner Posten acceptirt werde, gleichfalls denselben gewachsen sein.

Man glaubt nicht, daß der Marquis de Noailles als Botschafter Frankreichs nach Rom zurückkehren werde. Derselbe hat in den Tagen, als Frankreich in Tunis vorzugehen begann, eine gar zu große Menge gesellschaftlicher Unannehmlichkeiten zu bestehen gehabt. Das Schlimmste für den Marquis ist, daß seine Familienverhältnisse, er ist mit einer Polin verheirathet, ihm die Aussicht auf manche andere diplomatische Posten erster Klasse, also auch auf den Berliner Posten, verschließen.

Das Gericht erhält sich, daß General de Courcy zum Botschafter in Petersburg, und General Chazzy zum Befehlshaber eines Armeekorps in Aussicht genommen ist.

Die Demission der französischen Botschafter in Berlin und St. Petersburg hat den neuen Conseils-präsidenten Gambetta sehr verstimmt. General Chazzy hat sich bereits über die Ursachen seines Rücktrittes geäußert. Im „Figaro“ liegen nun auch anscheinend authentische Mittheilungen bezüglich des Grafen de Saint-Vallier vor anlässlich einer Unterredung, welche der bisherige Botschafter mit Gambetta vor einigen Tagen gepflogen hat. Auf die Frage des Gewährsmannes des „Figaro“, ob der neue Minister des Auswärtigen sich auch über die zu beobachtende Friedenspolitik unterhalten habe, erwiederte Graf de Saint-Vallier bejahend und fügte hinzu:

Herr Gambetta hat mir versichert, daß er den Frieden wünscht und daß er an dessen Aufrechterhaltung arbeiten würde. Ich zweifle nicht an seiner guten Absicht in dieser Beziehung. Uebrigens konnte ich ihm nur von Neuem sagen, was alle Welt weiß, daß das Land besonders den Frieden wünscht. Herr Gambetta hat sich dann ein wenig über die Naivheit meiner Entschließung gewundert. Ich machte ihm bemerklich, daß sein Programm keine Zweideutigkeiten zuläßt. Ich mußte deshalb entweder annehmen und auf meinem Posten bleiben, oder, falls ich es als meinen persönlichen Überzeugungen widersprechend zurückwies, meine Entlassung geben. Dies habe ich nun gethan. Ich sagte auch Herrn Gambetta, daß seine Journale den französischen Botschafter in Berlin kaum geschont haben und daß Niemand — gestatten Sie mir den Ausdruck — wie ich von den Blättern des Herrn Gambetta in die „Beine gebissen“ worden ist.

Weiter fragt, ob der Conseils-präsident seine besonderen Ansichten über die auswärtige Politik Frankreichs entwickelt habe, fuhr Graf de Saint-Vallier fort:

Nein. Ich nahm Abschied von ihm, und er hatte mich weder um Rat zu fragen noch mir irgend etwas anzuvertrauen. Er fragte mich nur, was ich zu thun gedachte. Ich antwortete ihm, daß ich in diesen Tagen nach Berlin zu gehen beabsichtigte, um mein Abberufungsschreiben zu überreichen, die offiziellen Besuche zu machen und von dem Kaiser, den Prinzen und Herrn v. Bismarck Abschied zu nehmen. Die Unterredung endete mit einer Phrase des Bedauerns, durch welche Herr Gambetta mich ersucht, meine Funktionen noch für einige Tage fortzusetzen, und ich habe dies selbstverständlich zugesagt.

Über seinen Nachfolger vermöchte Graf de Saint-Vallier dem Gewährsmann des „Figaro“ keinerlei Auskunft zu geben. Er hob nur noch hervor, daß, wenn man ihn in Gambettas Blättern als das gelehrige Instrument des Fürsten Bismarck bezeichnet, in anderen dagegen behauptet habe, daß er „eher ein Deutscher als ein Franzose“, der Liebling des Berliner Hofes gewesen sei und sich dadurch dem deutschen Reichskanzler entfremdet habe, dies durchaus erfunden wäre. Wenn er aber sowohl von Seiten des Hofes als auch des Fürsten Bismarck Zeugnis erhalten habe, die ihm gestatteten, jene Angriffe zu verachten, so seien dieselben doch nicht minder charakteristisch. Er hege die Ueberzeugung, seine Pflicht bis zum letzten Augenblick treu erfüllt zu haben. Die Unterredung schloß mit der Frage an den bisherigen Botschafter, ob Gambetta während seines Aufenthaltes in Deutschland den Fürsten Bismarck besucht habe. Der Gewährsmann des „Figaro“ erhielt auf diese Frage ein kategorisches „Nein!“ als Antwort.

Nachdem der Besuch Gambetta in Paris von verschiedenen Seiten in so energischer Weise dementirt worden ist, wird von verschiedenen Zentralpunkten der Weltpolitik eine neue Lesart gleichzeitig übermittelt, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Danach hätte Gambetta an der russischen Grenze eine Zusammenkunft mit einem hervorragenden russischen Staatsmann gehabt; von einer Seite wird sogar

ganz bestimmt Graf Ignatjew genannt. „Die Passage so nahe am Barzin vorüber, so schreibt man der „National-Zeitung“, war durch die Zielrichtung der Reise bedingt. Auch sollte sie wohl dazu dienen, deren eigentlichen Zweck zu maskieren. Die Voraussetzung, daß Gambetta bei Fürst Bismarck vorsprach, wird durch die Umstände an und für sich sehr wenig unterstützen. Es lag aber vielleicht im Interesse des Erstern, um der Wirkung in Wien willen sie anzuregen; wie denn ein derartiges Motiv auf russischer Seite bei der Danziger Zusammenkunft neben anderen bestimmt gewesen sein mag.“ Bei dem Mangel an allen weiteren Anhaltspunkten begnügen wir uns mit der Registrierung dieses Gerüchtes.

Rechenschaftsbericht über die Verhängung resp. Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes.

Dem Reichstage ist der Rechenschaftsbericht über die Anordnung, resp. Verlängerung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes in Hamburg, Altona und Harburg, sowie in Leipzig zugegangen. Wir entnehmen denselben Folgendes:

Diese Anordnungen Preußens und Hamburgs beruhen auf nachstehenden Erwägungen:

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ist trotz der sie hemmenden und einschränkenden Wirkungen des Gesetzes vom 21. Okt. 1878 keineswegs erloschen oder auch nur an der Wurzel angegriffen. Die alte, den Reichstagwahlkreise sich anschließende Organisation ist nach wie vor in Kraft geblieben. Die Agitation durch Wort und Schrift durch Abhaltung geheimer Versammlungen, sowie Verbreitung von Flugblättern und sonstigen Pressezeugnissen dauert fort. Die Versuche der Verführung der Truppen werden fortgesetzt. Die in den sozialdemokratischen Presseorganen zu Tage tretende formelle Scheidung der sogenannten gemäßigten (parlamentarischen) und der extrem revolutionären Partei besteht zwar, aber hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit für die Staats- und Gesellschaftsordnung, sowie hinsichtlich der Wege, auf denen sie zu dem erstreben allgemeinen Umsurz des bestehenden zu gelangen suchen, unterscheiden sich beide Fraktionen nur unwesentlich von einander. Die Sozialdemokratie hat es in der Zwischenzeit an ferneren Bestrebungen nicht fehlen lassen, die Beziehungen zu den Revolutionären der übrigen Länder immer mehr zu befestigen und auszudehnen. Die auf dem sozial-revolutionären Kongress zu London beschlossene Wiederherstellung der internationalen Arbeiter Assoziation mit dem ausgesprochenen Programm der sozialen gewaltfamen Revolution um jeden Preis, beweist, welchen Anfang diese Bestrebungen gefunden haben.

Die Presseorgane der Partei überbieten sich nach wie vor in der Verherrlichung des Fürstentodes, in den deutlichsten Aufforderungen zur Revolution, in Vorläufen von Mitteln zur Herbeiführung derselben, in der Verlästerung des Christenthums, ja der Religion überhaupt.

Dieser allgemeine Signatur entspricht der Stand der Bewegung der Sozialdemokratie in den Haupt-Agitationszentren, insbesondere auch in Hamburg-Altona.

Eine energische Handhabung der durch das Gesetz vom 21. Okt. 1878 gegebenen Befugnisse hatte allerdings dahin geführt, die sozialdemokratische Agitation daselbst in gewisse Schranken zu bannen. Die Ausweisungen der Bezirksführer und Vertrauensmänner brachten zunächst keine Verbindung in die Organisation. Die Unterstützung der Ausgewiesenen und ihrer Angehörigen nahmen die Geldmittel der Partei stark in Anspruch. Der weniger entschlossene Theil der Anhänger der Sozialdemokratie ließ sich wohl auch durch die Furcht vor der Ausweisung von Entfaltung einer weiteren Tätigkeit im Dienste der Partei vor der Hand zurückdrücken. Die in Folge dessen ancheinend eingetretene größere Ruhe durfte aber über den Fortbestand, den Umfang und die Gefährlichkeit d.r. sozialdemokratischen Bewegung in Hamburg-Altona und Umgegend nicht täuschen.

Zuverlässige Mittheilungen liegen einen Zweifel darüber nicht auf, dass die sozialdemokratische Partei in den gedachten Gebieten, in welchen sie sich Jahrzehnte lang auf breiter Basis und unter den günstigsten Bedingungen entwickeln konnte, in ihrer Gliederung nach den Reichstagswahlkreisen nach wie vor bestand. Die Verbindungen zwischen den in Hamburg-Altona sich aufzuhalgenden Parteileitern und den infolge der Ausweisung nach Harburg, Leipzig u. s. w. verzogenen Gliedern der Partei dauerten fort. Es fanden fortgesetzte heimliche Versammlungen von Delegierten aus den Hauptorten der Sozialdemokratie statt, während gelegentliche Zusammenkünfte unter beliebigem Vorwande in Privathäusern den Zusammenhang zwischen den Bezirksführern und den Angehörigen ihrer Bezirke aufrecht erhielten. Die heimliche Verbreitung sozialdemokratischer Flugschriften, insbesondere auch Moskauer Flugblätter, fand nach wie vor statt. Erst in den letzten Monaten wurde wiederum eine von zwei Ausgewiesenen verfaute Flugschrift, welche im Interesse der Wahltagung in 50.000 Exemplaren verbreitet werden sollte, mit Beschlag belegt. Die Sammlung von Geldmitteln für Agitationszwecke wurde im Geheimen fortgesetzt, insbesondere wurden in den Fabriken Beiträge für die sogenannte Parlamentswahlkasse erhoben.

So lange vor Verhängung des Ausnahmestandes Hamburg und Altona die Hauptzentren des Parteilebens der Sozialdemokratie in dem nordwestlichen Deutschland bildeten, wurden in den diesen Städten benachbarten Gebietsteilen der Provinz Hannover sozialdemokratische Elemente und Bewegungen nur in geringem Umfang wahnehbar.

Hierin trat mit der Unterstellung von Hamburg-Altona und Umgebung unter die Ausnahmeregeln sofort eine Aenderung ein. Ein größerer Theil der aus den festgedachten Gebietsteilen ausgewiesenen Sozialdemokraten, darunter hervorragende Agitatoren, siedelten nach Harburg über, um von dort aus, begünstigt durch die nachbarliche Lage und die durch Eisenbahn und Dampfschiffe erleichterten Verbindungen unter möglichster Aufrechterhaltung der bisherigen Organisation ihre Agitationen fortzuführen. Die Zahl der Mitglieder dieser Kolonie, welche sich, offenbar, um einen festen Kern für die Agitation zu bilden, vielfach zu regelmäßigen Regelläufen und anderen gemeinschaftlichen Vergnügungen vereinigten, stieg bis auf vierzig. Wie verchlagen sie dabei operierten, bewiesen unter anderem die häufig mit Erfolg unternommenen Verüchte, sich überall in geschlossene, zu unverdächtigen, namentlich zu geselligen Zwecken gebildete Vereine und Klubs einzudringen, in denselben die Führung an sich zu reißen und so unter dem Aushängebild harmloser und erlaubter Bestrebungen Terrain für die Verbreitung ihrer Ideen zu gewinnen.

Die Stadt Leipzig mit ihren großen, von einer ungemein zahlreichen Arbeiterbevölkerung bewohnten Vorstadt-Dörfern war längst vor Erlass des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 ein Zentrum der sozialdemokratischen Bewegung.

Der Repressionsmaßregeln ungeachtet blieb indessen die sozialistische Agitation in Leipzig auch auf dem Gebiete der Presse nach wie vor eine sehr fühlbare. Sie verlegte sich hauptsächlich darauf, vom Auslande her verbotene sozialistische Pressezeugnisse, insbesondere die Parteizeitung „Die Freiheit“ und „Der Sozialdemokrat“ in Massen nach Leipzig einzuschmuggeln und dort zu verbreiten oder nach anderen Orten in Sachsen und außerhalb Sachsen weiter zu verhindern. Es wurde hierbei meist mit so raffinirter Geschicklichkeit verfahren, daß es nur in seltenen Fällen möglich gewesen ist, die betreffenden Persön-

lichkeiten wegen Verbreitung verbotener Schriften strafrechtlich zu verfolgen.

Einige Versuche, aufwiegelnde Flugblätter unter die Garnisonen von Leipzig, Möckern und Gohlis zu verbreiten, sind glücklicher Weise vereitelt worden.

Den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit verlegte indessen die sozialistische Parteistellung in Leipzig nach dem Erlass des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 in das Vereinswesen. Es war leicht, sozialistische Vereine, welche auf Grund des gedachten Gesetzes verboten worden waren, durch neue zu ersetzen, welche unschuldig klingende Namen erhielten und erlaubte Zwecke, sei es wirklich oder nur scheinbar, verfolgten, daneben aber sozialdemokratischen Bestrebungen dienstbar gemacht wurden. Sie gaben den Parteileitern die Tüchtigkeit, die Parteigenossen aus den verschiedensten Anlässen unter dem Deckmantel harmloser Vergnügungen häufig zu vereinigen und in ungestörtem Verkehre die Partei-zwecke zu fördern. Sie dienten dazu, der Partei neue Geldmittel zuzuführen, indem bald Konzerte, bald Aufführungen anderer Art gegen Eintrittsgeld, angeblich zum Besten eines milden Zwecks, veranstaltet wurden, für welchen letzteren dann wohl auch, um den Schein zu wahren, ein kleiner Betrag geopfert wurde. Endlich bildeten sie auch insofern die Grundlage für die Parteiorganisation, als zu periodisch wiederkehrenden geheimen Zusammenkünften der Parteiführer diese Delegierte absendeten, welche dann wieder über das dort Gehörte und Verhandelte ihre Vereine auf dem Laufenden erhielten.

Eine neuere Organisation, welche den Behörden nicht lange Geheimnis blieb, umfasst räumlich den 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, teilt dieselben in eine größere Zahl von Distrikten, bezeichnet die in diesen wohnenden Parteigenossen als diesen Distrikten zugehörig und verpflichtet dieselben zur Ummelung bei den Bürgern der Distrikte für den Fall des Wegzuges. Die Gesamtheit der Bürgern bildet den Ausschuss der beiden Wahlkreise, welcher wiederum aus seiner Mitte ein nur aus 7 Personen bestehendes Executive-Komitee wählt. In dieses letztere ist offenbar der Schwerpunkt gelegt, da dasselbe nicht alle laufenden Geschäfte zu führen, sondern auch die ausdrückliche Verpflichtung hat, stets Führung mit der Parteileitung Deutschlands zu halten.

Erwähnt man auch, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für ganz Deutschland, welche auf dem bekannten Wydener Sozialistenkongress ausdrücklich dazu ernannt worden sind, fast ausnahmslos, zum Theil nachdem sie aus Berlin und Hamburg ausgewiesen waren, ihren Wohnsitz in Leipzig genommen hatten und daß denselben nun ein derartig fester und bis in die letzten Ausläufer wohlgefügter Organismus unmittelbar zur Verfügung stand, während andererseits wiederholt von den Parteiführern die Erklärung abgegeben worden ist, daß sie sich an die bestehenden Gesetze nicht lehnen, sondern zur Beseitigung der bestehenden Ordnung jedes verfügbare, den wechselnden Umständen angemessene und zur Förderung ihrer Zwecke geeignete Mittel ergreifen würden, so ist es klar, daß ein solcher Zustand schon an sich zu den schwersten Bedenken Anlaß geben mußte. Dieselben gewannen aber dadurch noch an Gewicht, daß zu den geheimen Berathungen der sozialdemokratischen Agitatoren in Leipzig auch Anhänger der außerdeutschen, namentlich der russischen Umsturzpartei Zutritt erhielten und unverkennbare Symptome dafür zu Tage traten, daß unter den Anhängern der Sozialdemokratie der Gedanke an einen gewaltfamen Umsturz sich schon bis zu einem gewissen Grade eingebürgert hat.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. November. [Das Sozialisten-gefez. Die „Prov.-Korrespondenz.“ Diner beim Reichskanzler. Der Kaiser.] Die Sozialdemokraten im Reichstag gehen mit der Absicht um, bei Gelegenheit der Berathung über den Rechenschaftsbericht der Regierung betreffs der Verhängung, resp. Verlängerung des „kleinen Belagerungszustandes“ in mehreren Städten, die Aufhebung des Sozialisten-Gesetzes zu beantragen; mit Hilfe der kleinen volksparteilichen Gruppe werden sie die zur Einbringung eines selbständigen Antrags erforderliche Zahl von Unterschriften jedesfalls zusammenbringen können. Das Schicksal eines solchen Antrags versteht sich von selbst, denn was vor Kurzem einmal über die angebliche Geneigtheit des Fürsten Bismarck zur Aufhebung des Ausnahmegesetzes in einzelnen Blättern zu lesen stand, war eine ganz unhaltbare Schlussfolgerung aus der Begünstigung der staats-sozialistischen Agitation, und gegen den Widerspruch der Regierung wird sich keine Majorität für einen solchen Antrag finden.

Aber eine Thatfache ist, daß der oben erwähnte Rechenschaftsbericht die Missstimmung, welche auch unter den gemäßigtesten Liberalen schon lange über den klaffenden Widerspruch zwischen der Verfolgung der Sozialdemokratie und der Existenz der christlich-sozialen und staatssozialistischen Agitation besteht, außerordentlich gesiegt hat, und der Inhalt dieses Berichtes macht das sehr begreiflich. Es hat auf die Dauer in der That geradezu etwas Besämendes für eine Volksvertretung, als Motivierung so harter, mit dem Rechtsstaate so wenig vereinbarer Maßregeln, wie die mit dem „kleinen Belagerungszustand“ verbundenen, die allgemeinsten, ungreifbarsten Niederschüttungen sich gefallen zu lassen. In dem neuesten Bericht streiken dieselben hart an die Grenze der Naivität; so, wenn an die Erwähnung der Benutzung harmloser Vereinigungen zu sozialdemokratischen Zwecken die Nutzanwendung geknüpft wird, dies zeige, „wie verschlagen“ die Sozialdemokraten operirten; oder wenn aus Leipzig berichtet wird, unter der Sozialdemokratie habe der Gedanke an gewaltfamen Umsturz sich schon „bis zu einem gewissen Grade“ eingebürgert. Der Bericht wird jedenfalls zu sehr lebhaften Verhandlungen führen, bei denen die staatssozialistische Agitation einer ernsten Kritik unterzogen werden wird.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ feiert heute unter Ausnutzung unbedachter Ausserungen und thatfächlich unbegründeter Angaben, welche sich mit Bezug auf die Präsidialentenwahl vor derselben in liberalen Blättern in dem Sinne gefunden hatten, als ob man ein liberales Präsidium erstrebt hätte, den konservativ-kliralen Ausfall der Wahl als eine Niederlage der Liberalen. Weil diese der Wahrheit widersprechende Ausnutzung vorherzusehen war, haben wir schon vor dem Votum der Stichwahlen konstatiert, daß unter den liberalen Abgeordneten weder der Wunsch bestand, einen liberalen Präsidenten zu wählen, noch die Ansicht, daß es möglich sein würde. Darauf kann der „Prov.-Korresp.“ gegenüber verwiesen werden.

Mit einer gewissen Spannung sieht man dem Diner entgegen, welches Fürst Bismarck morgen dem Gesamtvorstande des Reichstags giebt. Zu diesem gehören zunächst Herr v. Frankenstein (als erster Vizepräsident) und Herr v. Bemmelen (als Abtheilungs-Vorstand), also die beiden angeblich zur Nebennahme der inneren Regierungsgeschäfte aussersehenen Politiker; dem

Maße von Bedeutung, welches man allgemein — und die beiden Herren selbst in erster Reihe — der Ankündigung der mit ihnen zu führenden „Verhandlungen“ beimitzt, würde es ganz gut entsprechen, wenn die letzteren beim Kaffee eröffnet würden. Zum Gesamtvorstand gehörten ferner u. a. als Abtheilungs-Vorstände Herr Lasker, der seit Jahren das Haus des Reichskanzlers nicht betreten hat, und die Herren Windthorst und v. Schorlemer-Alst. Anlaß zu interessanten Unterhaltungen ist also durch die Zusammensetzung der Gesellschaft reichlich gegeben. — Das diesmalige Unwohlsein des Kaisers ruft mehr Bevorgnis wach, als die seit mehreren Jahren bei Witterungswechseln häufig eingetretenen Unpäcklichkeiten. Auch der heutige offizielle Bericht stimmt damit überein. Es liegt nicht blos eine Erkrankung vor, sondern ein ziemlich schmerhaftes lokales Leiden, das den hochbetagten Monarchen vermöge der Einwirkung auf die körperlichen Kräfte und auf die Stimmung nicht unerheblich angreift.

r. Stadtverordnetenstück

am 23. November.

Anwesend sind 30 Stadtverordnete und 8 Magistratsmitglieder; den Vorsitz führt Stadtverordneter B. Jaffe.

Nachdem der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen gemacht, motivirt Stadtverordneter Brodnicz in eingehender Weise einen von ihm gestellten Antrag: die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, daß er der Verwaltung des Reichs in Invalidenfonds gegenüber sich bereit erkläre, am 1. Januar 1882, resp. am 1. Januar 1883 die zulässige Verstärkung des Tilgungsfonds um 5 Pct. der ursprünglichen Kapitalschuld, im Betrage also von 112,500 Mark, einzuhauen.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen. Stadtverordneter Jacobytheilt ferner mit, daß die Posener Bauhütte an den Magistrat einen Antrag, betreffend die Abänderung einer Paragraphen der Bauordnung für die Stadt Posen, gerichtet habe, und interpellirt nun den Magistrat, ob und in welchem Sinne derselbe den Antrag der Posener Bauhütte zu beantworten gedenkt. Da diese Interpellation vom Magistrat augenblicklich nicht beantwortet wird, so wird dieser Gegenstand gemäß der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. —

Über die event. Neubernahme der Wallstraße von der St. Pauli-Kirche bis zur Magazinstraße, vom Berliner Thor bis zum Neuen Thor und der Straße, von St. Adalbert nach Breitenbach berichtet Stadtverordneter Müsel. Danach hat der Militärfiskus sich bereit erklärt, die freie Benutzung der genannten Straßen zu gestatten, wogegen die Stadtgemeinde die Pfasterung und Unterhaltung derselben zu übernehmen hätte. Magistrat spricht sich für Ablehnung dieser Offerte aus. Der Referent dagegen ist dafür, die Offerte ohne Weiteres abzulehnen, und beantragt, die Angelegenheit einer Kommission zur Vorberathung zu überweisen. Die Versammlung erklärt sich hemit einverstanden; in die Kommission werden gewählt: die Stadtverordneten Müsel, von Lebinski, Ziegler, Linner, Clemens, Prausnitz, Fontane.

Die Mitglieder der Klassensteuer-Kommission werden gemäß dem Vorschlage der Wahlkommission über welchen Stadtverordneter Linner berichtet, gewählt.

Wegen Pfasterung der Straßenstrecke von der Garnisonkirche bis zum Fort Haken, welche größtentheils auf fiskalischem Terrain liegt und von dem Militärfiskus angelegt auch bisher von diesem unterhalten worden ist, sind Differenzen entstanden, welche durch Resolut der königl. Regierung dahin entschieden worden sind, daß der Magistrat diese Straße, deren Pfosten sich allerdings in schlechtem Zustande befindet, umpfastern lassen müsse. Da nun von der Polizeidirektion mit dem Zwangsverfahren gedroht wird, behält sich jedoch den Regress an den Verpflichteten vor und beantragt, die Versammlung möge die für die Pfasterung erforderlichen 6750 M. bewilligen. Stadtverordneter Jacoby, welcher über diese Angelegenheit berichtet, befürwortet den Magistratsantrag und beantragt gleichzeitig, die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, daß er dieselbe von dem Resolut des Rates in Kenntnis setze und dann die Sache nochmals reproduzire. Dieser, sowie der Magistratsantrag werden angenommen.

Über die Prüfung der Kosten für die Herstellung des Viehmarktes und für die Umwährung des Grünen Platzes berichtet Stadtverordneter Linner im Namen der Baukommission, weiß darauf hin, daß die Anschläge erheblich über die geschrittenen seien und beantragt: 1. die Verammlung möge die Erteilung der Decharge ablehnen, bis Seiten des Magistrats ein Revisions-Kostenanschlag eingereicht worden ist; 2. möge die Verammlung den Magistrat ersuchen, bei Anträgen auf Decharge in welchem einen Revisionssatz angenommen ist, vorzulegen und 3. bei wesentlichen Änderungen vorgenommen ist, vorzulegen und 4. bei wesentlichen Änderungen die Zustimmung der Versammlung vorher eingeholt werden. Diese Anträge werden von der Versammlung angenommen.

Die Mittel zur Annahme eines Portiers für das städtische Lazareth werden gemäß dem Magistratsantrag, der über die Kosten für die Lazareth berichtet, bei dem Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Gerhard berichtet, in Höhe von 30 M. pro Monat, für die fünf Monate des Etatsjahres von November d. J. bis Ende März 1882 also mit 150 M. bewilligt.

Für ein im ehemaligen Priesterseminar gebüdete Magistratsanträge in einer früheren Sitzung pro Monat 5 M. bewilligt worden. Wie nun der Magistrat mittheilt, beträgt die pro Monat nicht 5, sondern 12 M. Es werden demgemäß die Magistratsanträge, über welchen Stadtverordneter Herz berichtet, die Zeit von 8 Monaten noch 7. 8 = 56 M. nachbewilligt.

Mit der Verpachtung des Rechtes zur Kähnüberfahrt St. Roch nach dem Graben für die Zeit vom 1. April bis zum 31. März 1883 zu dem Betrage von jährlich 450 M. an den bishergen Pächter Wohl erklärt sich die Versammlung gemäß dem Magistratsantrag, über welchen Stadtverordneter Löwinsohn berichtet, einverstanden.

Vom Magistrat ist die Einführung von Sparmarken ins Leben treten, so bald die Genehmigung der vorgelegten Sparstellen und von der Versammlung beschlossen seien wird. Die Sparstellen-Deputation hat die Einführung von Sparmarken am 1. April 1883 inzwischen, da die Sparstellen nicht geringere Beträge als 1 M. einzubringen, gegennommt, noch einen Schritt weitergegangen, und hat die Einführung von Sparstellen beantragt, in welchen Sparmarken ausgetragen werden. Die für den Druck von Sparmarken erforderlichen Kosten würden nicht bedeutend sein, und es müssen sich wohl Personen genug finden, welche den Verkauf von Sparmarken unentgeltlich übernehmen; von der Sparstellen-Deputation inzwischen in einer Instruktion für die Sparstellen-Verträge aufgestellt. Stadtverordneter Müsel den Magistratsantrag beurtheilt, nachdem Stadtverordneter Herz über die glänzenden Erfolge von Darmstadt Sparstellen in Darmstadt Mittheilungen gemacht, erklärt sich die Versammlung mit dem Magistratsantrag einverstanden.

Rachdem in einer früheren Sitzung die Translozierung der Waisenknaben- und Waisenmädchen-Anstalt aus dem ehemaligen Franziskanerkloster nach dem Grundstück Graben 8 beschlossen worden war, hat nunmehr der Magistrat die Bewilligung von 1870 M. für bauliche Aenderungen auf jenem Grundstück beantragt; Rachdem Stadtverordneter Jacob den Magistratsantrag befürwortet, Rachdem Stadtverordneter Orgler über die Abmachungen mit dem Kuratorium der Jakob'schen Waisenmädchen-Anstalt berichtet hat, wird der Magistratsantrag angenommen.

Über die Abtretung eines Theils des Kämmereiplatzes und des Kämmereihofes an den Justizfiskus und Erwerbung des Grundstücks des ehemaligen Appellationsgerichts für städtische Zwecke berichtet Stadtverordneter Jacob. Danach hat der Präsident des Oberlandesgerichts beim Magistrat die Abtretung eines Theiles des Kämmereiplatzes und des Kämmereihofes beantragt. Der Magistrat befürwortet diese Abtretung, und weist hin, daß einerseits die an dem Kämmereiplatz stehenden Gebäude in einem baufälligen Zustande befinden, andererseits die Brothäne, welche sich auf dem Kämmereiplatz befinden, nur zum Theil vermietet sind und demnach keinen bedeutenden Mietseitrag abwerfen.

Es konnte demnach, ohne Schädigung der Verkehrsinteressen, ein Theil des Kämmereiplatzes abgetreten werden; an der Ostseite desselben müste nur der erforderliche Raum zur Anlegung einer Straße verbleiben, welcher einerseits die Kommunikation nach der Marstallgasse, andererseits die Fahrt auf den Kämmereihof, und von dort in das südliche Grundstück auf dem Wronker Platz, auf welchem sich das Gebäude für die städtischen Spritzen, sowie der städtische Marktall befindet, ermöglicht. Der Preis für den abtretenden Theil des Kämmereiplatzes ist vom Magistrat mit Rücksicht auf die günstige Geschäftslage auf 60 Mark pro Quadratmeter, im Ganzen auf 111,900 Mark bemittelt worden; außerdem würde der Verkauf der an dem Platz stehenden alten Gebäude und der Brothäne ca. 11,100 Mark ergeben, so daß die Gesammt-Verkaufssumme 123,000 Mark betragen würde. Gleichzeitig wäre von der Stadt das Grundstück auf dem ehemaligen Salzbörgte für 120,000 Mark anzukaufen. Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich mit diesem Umtausch einverstanden erklären.

Nachdem der Referent Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission befußt Vorberatung beantragt hat, erklärt sich die Versammlung hiermit einverstanden und wählt in die Kommission die Stadtverordneten Jacob, Löwinski, Nostel, Dr. Symanksi, König, Berlach, Rosenfeld, Tschuske, Prausnit.

Der Magistrat hat mit Rücksicht darauf, daß die Bäume in der Nähe der Wilhelmstraße sich in einem traurigen Zustande befinden und demnach Maßregeln getroffen werden müssen, um dieselben zu erhalten, beantragt, die Versammlung möge zu Verschönerungsmaßnahmen auf der Wilhelmstraße und dem Wilhelmsplatz im Ganzen 123 M. bewilligen, davon ca. 2500—2700 M. aus dem Hundesteuerfonds disponibel sind, so daß nur noch ca. 1000 M. anderweitig zu Verfügung wären. Nachdem Stadtverordneter Kronthal hierüber berichtet hat, werden von der Versammlung die disponiblen 2500 bis 2700 M. aus dem Hundesteuerfonds zu Neuanspflanzungen auf der Wilhelmstraße zur Beklebung, sowie zur Regulierung des Wilhelmsplatzes bewilligt.

Über den Antrag des Rentiers Gellert zu Altona, betreffend die Verwaltung seines Vermögens, wird in geheimer Sitzung beraten.

Die Sitzung, welche 4 Uhr Nachmittags begonnen, erreichte gegen 7 Uhr Abends ihr Ende.

Definitive Stichwahlresultate.

Wahlkreis Elsaß-Lothringen.
6. Schlettstadt. Abgegeben 10,190 Stimmen, davon für Fabrikbesitzer Lang zu Schlettstadt 6978, für Regierungsrath v. Klöckler 3118 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November.

Datum Stunde	Barometer auf 0 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
23. Nachm. 2	751,1	SD schwach	bedeckt	+10,5
23. Abends. 10	755,3	S schwach	bedeckt	+9,2
24. Morgs. 6	757,5	W mäßig	wolfig	+9,0

Am 23. Wärme-Maximum +10°7 Gels.

= Wärme-Minimum +6°2 =

Wetterbericht vom 23. Novbr., 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachr. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
Mullaghmore	750	W	5 Regen	5
Aberdeen	747	SSW	4 heiter	5
Christiansund	740	S	5 wolfig	5
Kopenhagen	763	SW	4 Nebel	5
Stockholm	756	W	6 wolkenlos	5
Havanna	744	S	4 bedeckt	2
Petersburg	756	SSD	3 bedeckt	2
Moskau	—	—	—	—
Cork, Queenst.	756	W	4 halb bed. 1)	7
Brest	761	W	2 Regen 2)	12
Helder	760	S	1 Nebel	6
Sylt	762	S	3 Nebel	5
Hamburg	765	SSD	3 Nebel	5
Swinemünde	767	SSW	1 halb bed. 3)	3
Neufahrwasser	767	WNW	1 heiter	4
Memel	763	W	4 heiter 4)	6
Paris	763	SSW	2 bedeckt	11
Münster	763	still	2 bedeckt 5)	8
Karlsruhe	766	S	2 wolfig	8
Wiesbaden	765	SW	1 bedeckt 6)	10
München	768	SD	2 halb bedeckt	5
Leipzig	767	SSD	2 bedeckt 7)	10
Berlin	766	still	2 bedeckt 8)	10
Breslau	771	W	1 Nebel	3
Neu d'Air	764	S	4 bedeckt	10
Riga	771	SW	2 Dunst	11
Triest	771	still	1 Nebel	7

1) Seegang mäßig. 2) Große See. 3) Gestern Regen. 4) Seegang mäßig. Abends Nebel. Nächts Regen. 5) Gestern Regen. 6) Gestern etwas Regen. 7) Nachts oft Regen. 8) Gestern Regen.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:

1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Während über Südeuropa die Luftdruck-Verteilung wenig verändert, ist die gestern erwähnte tiefe Depression im Nordwesten nordwärts verschwunden, jedoch dauern die stürmischen südwestlichen Winde an der südnorwegischen Küste, sowie im Skagerrak noch fort. Bei meist schwächer vorwiegend südlicher Luftströmung ist über Zentral-Europa das Wetter warm, vorwiegend trüb und an der Küste fast allenhalben neblig. In Nord- und Mittel-Deutschland fielen seit gestern fast allenhalben Niederschläge. — Deutliche Schwäche.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. November Morgens 1,82 Meter.
= 23. Mittags 1,82 =
= 24. Morgens 1,84 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 23. November (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,40. Pariser do. 80,80. Wiener do. 171,96. R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 97. R.-R.-Pr.-Anth. 130,2. Reichsanl. 101. Reichsbank 150,2. Darmst. 166,8. Meininger B. 101,2. Ostf.-ung. Bf. 718,00. Kreditattien 308,2. Silberrente 66,2. Papierrente 66,2 Goldrente 80,2. Ung. Goldrente 77. 1860er Loose 123,2. 1864er Loose 336,00. Ung. Staatsl. 238,00. do. Ostb.-Ob. II. 94,2. Böhm. Westbahn 267,8. Elisabethb. —. Nordwestbahn 195,8. Galizier 261,2. Franzosen 275,2. Lombarden 124,2. Italiener 88,2. 1877er Russen 90. 1880er Russen 74. II. Orientanl. 60. Zentr.-Pacific 111,2. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 60,2. Wiener Bankverein 118,2. ungarische Papierrente —. Buschtiereader —. Junge Dresdner —.

Ungarische Eskompte und Wechslerbank —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 308,2. Franzosen 275,2. Gas 261,2. Lombarden 124,2. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 23. November. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 308,2. Franzosen 275,2. Lombarden 124,2. Galizier 261,2. 1860er Loose 123,2. österreichische Goldrente 80,2. ungar. Goldrente —. II. Orientanl. —. österr. Silberrente —. Papierrente —. III. Orientanl. —. ungar. Papierrente —. 1880er Russen —. Darmstädter Bank —. 4 p.C. Ungar. Goldrente 76,2. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —. Fest.

Wien, 23. Nov. (Schluß-Course.) Die Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkt vermittelten, Banten und Renten abgeschwächt, Schluss besser.

Papierrente 77,00. Silberrente 77,90. Osterr. Goldrente 93,80. Ungarische Goldrente 119,60. 1854er Loose 122,70. 1860er Loose 133,00. 1864er Loose 174,70. Kreditloose 179,50. Ungar. Prämienl. 125,20. Kreditaktien 360,10. Franzosen 320,50. Lombarden 145,00. Galizier 303,75. Kasch.-Oderb. 147,50. Pardubitzer 164,00. Nordwestbahn 228,25. Elisabethbahn 216,50. Nordbahn 2395,00. Österreich-ungar. Bnf. —. Türk. Loose —. Unionbank 141,70. Anglo-Austr. 152,25. Wiener Bankverein 138,80. Ungar. Kredit 358,50. Deutsche Pläne 58,15. Londoner Wechsel 118,60. Pariser do. 46,97. Amsterdamer do. —. Napoleon 9,40. Dukaten 5,60. Silberc. 100,00. Marknoten 58,15. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gernowiz —. Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —. Elbthal 248,50. ungarische Papierrente 89,90. ungar. Goldrente 89,75. Buschtiereader B. —. Ung. Präm. —. Eskompte —.

Wien, 23. November. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 359,50. österr. Kreditaktien 360,60. Franzosen 321,00. Lombarden 145,50. Gas 304,50. Anglo-Austr. —. Papierrente 77,27,2. do. Goldrente —. Marknoten 58,15. Napoleon 9,40. Bankverein —. Elbthal 248,50. ungar. Papierrente 89,70. Goldrente 119,70. Fest.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 12. bis zum 18. Nov. 761,385 fl. Mindereinnahme 5815 M.

Paris, 23. November. (Schluß-Course.) Bewegt.

3 prozent amortisirb. Rente 85,17,2. 3 prozent. Rente 85,17,2. Anleihe de 1872 116,12,2. Italien. 5prozent. Rente 89,15. Österreich. Goldrente 80,2. ungar. Goldrente 103,2. 4 prozent. ungar. Goldrente 77,2. 5 prozent. Russen de 1877 92,2. Franzosen 690,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 310,00. Lomb. Prioritäten 284,00. Türken de 1865 12,82. Türkenloose 50,50. III. Orientanleihe 60. Credit mobilier 715,00. Spanier exter. 27,2. do. inter. —. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 732,00. Societe gen. —. Credit foncier 170,00. Egypter 360,00. Banque de Paris 1235,00. Banque d'escompte 850,00. Banque hypothecaire —. III. Orientanleihe 60. Londoner Wechsel 25,24. 5prozent. Numänische Anleihe —.

Paris, 23. November. Boulevards-Verkehr. 3 prozent. Rente 85,57,2. Anleihe von 1872 116,22,2. Italiener 89,37,2. österr. Goldrente 12,85. Türken 12,85. Türkenloose 52,75. Spanier inter. —. do. extér. 28,00. ungar. Goldrente —. Egypter 360,00. 3 prozent. Rente —. 1877er Russen —. Franzosen —. Matt.

Florenz, 23. November. 5p.C. Italien. Rente 91,37. Gold 20,52.

Petersburg, 23. November. Wechsel auf London 25,16. II. Orientanleihe 89,2. III. Orientanleihe 89,2.

London, 23. Novbr. Matt. Consols 100. Ital. 5prozent. Rente 88,2. Lombard. 12,2. 3prozent. Lombard. alte 11,2. 3prozent. do. neue —. 5prozent. Russen de 1871 88,2. 5prozent. Russen de 1872 88,2. 5prozent. Russen de 1873 90,2. 5prozent. Türken de 1865 12,2. 3prozent. fundierte Amerikaner 104,2. Österreich. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 76,2. Österreich. Goldrente 79,2. Spanier 27,2. Egypter 71,2. 4prozent. preuß. Consols 100,2. 4prozent. bar. Anleihe —.

4 Prozent. ungar. Goldrente 76,2. Silber 51,2. Aus der Bank stossen heute 183,000 Pfd. Sterl. Blasdiscont 4,25.

Newyork, 22 November. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94,2. Wechsel auf London 4,79,2. Wechsel auf Paris 5,24,2. 3prozent. fundierte Anleihe 101,2. 4 Prozent. fundierte Anleihe von 1877 116,2. Erie-Bahn 45,2. Central-Pacific 115, Newyork Zentralbahn 137,2. Chicago-Eisenbahn 140. Cable Transfers 4,84.

Geld steif, für Regierungssicherheiten 5 Prozent, für andere Sicherheiten 6 Prozent und 1/2 per diem bis 5 Prozent, bei Schluss etwas leichter.

Produkten-Course.

Köln, 23. November. (Getreidemarkt.) Weizen biesiger loco 25,00, fremder loco 24,50, per November 23,80, pr. März 23,25, per Mai 23,05. Roggen loco 21,50, per November 19,45, pr. März 18,10, per Mai 17,65. Hafer loco

Produkten-Börse.

Berlin, 23. November. Wind: SW. Wetter: Trübe u. milde. Weizen per 1000 Kilo loko 215—245 M. nach Qualität gefordert, sein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn November 237½—239—238 bez., per Nov.-Dezbr. 226½—227—266½ bez., per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — M. bez., per Februar-März — Mark bezahlt, per Juni-Juli — M. bez., per April-Mai 224½ bezahlt, per Januar-Februar — Mark bezahlt. Gekündigt 20,000 Zentner. Regulierungspreis 238 M. bez. — Roggen per 1000 Kilo loko 190—195 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 190—192½ ab Bahn bezahlt, hochsteiner 193 M. ab Bahn bezahlt, flammer — M. ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. R. bezahlt, seiner — M. ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per November 193½ bis 194—192½ bez., per Nov.-Dezember 187—187—186½ bez., per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — Mark bez., April-Mai 174½—175½—174½ bez., Mai-Juni 172—173—172 bez., Gekündigt 10,000 Zntnr. Regulierungspreis 193½ Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 150—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 148—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 146 bis 150 bezahlt, ost- und westpreußischer 145—157 bezahlt, pommerischer und Niedermärker 152—155 bezahlt, schlesischer 152—158 bez., böhmischer 152—158 bezahlt, sein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per November 150 bez., per November-Dezember 148½ B., per Dampf-Januar — Br., per April-Mai 151 bez., per Mai-Juni 151½ Mark bez. Gekündigt — Ztnr. Regulierungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 181—215 M. Futtermaare 173 bis 180 M. — Mais per 1000 Kilo loko 148—154 nach Qualität gefordert, per November 148½ M., per November-Dezember 147 bezahlt, per April-Mai 140½ Mark bez., per Mai-Juni 138 bezahlt. (Gefunden)

Berlin, 23. November. Auch heute blieb die Börse in der Hauptsache verstimmt und fußte hiermit auf die schwächeren Meldungen, die fast von allen auswärtigen Plänen vorlagen. Das Geschäft entwickelte sich in den engsten Grenzen, es herrschte wieder eine scharf ausgeprägte Lustlosigkeit, und namentlich zeigte sich ein empfindlicher Mangel an Kauflust. Die Gründe dieser Geschäftsumstöße sind nicht neu und haben wir dieselben schon oft an dieser Stelle und in den Wochenberichten der jüngsten Zeit erörtert; sie liegen in der finanziellen Schwäche der Passivität der großen Finanzmächte und wohl auch in der Situation des Geldmarktes, welche ja für den Dezember besonders ungünstig beurtheilt wird. Allem Anschein nach wird die Liquidation

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. November 1881. Preußische Fonds- und Geld-

Ges. —

Preuß. Cons. Anl.	4½	105,60	bz
do. neue 1876	4	100,70	bz
Staats-Anleihe	4	100,60	bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00	bz
Ob. Deichs.-Obl.	4½	101,00	B
Verl. Stadt-Obl.	4	100,00	bz
do. do.	3½	95,70	G
Schlu. d. B. Kfm.	4½		
Pfandbriefe:			
Berliner	5	107,75	B
do.	4½	103,80	G
Landh. Central	4	99,75	bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25	bz
do. neue	3½	90,60	bz
do. neue	4½	100,50	B

Bomm. H.-B. L. 120	5	106,90	B	
do. II. IV.	110	5	103,50	G
Bomm. III. v. 100	5	100,10	B	
Pr. G.-B.-H.-Br. v.	4			
do. do.	110	5	115,00	G
do. do.	115	4½		
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,10	bz	
do. do. rückz. 100	4½	102,75	bz	
(1872 u. 74)	4			
(1872 u. 73)	5			
(1874)	5			
Pr. Hyp.-A. B. 120	4½	105,75	G	
Pr. II. rdz. 100	5	100,20	G	
Schles. Bod.-Gred.	5	103,00	bz	
do. do.	4½	105,60	G	
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,10	bz	
do. do.	4½	103,25	bz	
Kruppsche Obligat.	5	109,50	B	

Ausländische Fonds.				
Amerik. get. 1881	8			
do. do. 1886	8			
do. Bds. (fund.)	5			
Norweger Anleihe	4½			
Newyork. Std.-Anl.	6			
Desterr. Goldrente	4	80,60	bz	
do. Pap.-Rente	4	66,00	bz	
do. Silber-Rente	4½	66,70	bz	
do. 250 fl. 1854	4			
do. Cr. 100 fl. 1858	—	346,00	G	
do. Lott. A. v. 1860	5	123,50	bz	
do. v. 1864	—	336,50	B	
Ungar. Goldrente	8	102,60	G	
do. St.-Gibl.-Aft.	5	95,00	B	
do. Loose	—	237,50	B	
Italienische Rente	5	88,00	bz	
do. Tab.-Dögl.	6			
Rumäniere	8			
finnische Loone	—	51,20	bz	
Russ. Centr.-Bod.	5	76,25	bz	
do. Boden-Credit	5	85,25	bz	
do. Engl. A. 1822	5			
do. do. A. v. 1862	5			
Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. cons. A. 1871	5	89,50	bz	
do. do.	1872	5	89,50	bz
do. do.	1875	4½	80,50	B
do. do.	1877	5	91,90	bz
do. do.	1880	4	74,00	B
do. Pr. A. v. 1864	5	149,00	bz	
do. do. v. 1866	5	145,00	bz	
do. A. Stigl.	5			
do. C. do. do.	5	86,00	bz	
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,50	bz	
do. do. kleine	4			
Poln. Pfandbr.	—	65,10	bz	
do. do.	5			
do. Liquidat.	4	56,30	bz	
Türk. Anl. v. 1865	—	12,60	bz	

Wechsel-Ges. —			
Amsterdam. 100 fl. 8 T.			
do. 100 fl. 2 T.			
London 1 £fr. 8 T.			
do. do. 3 M.			
Paris 100 Fr. 8 T.			
Blg. Blpl. 100 fl. 8 T.			
do. do. 100 fl. 2 M.			
Wien öst. Währ. 8 T.	171,90	bz	
Wien öst. Währ. 2 M.	171,10	bz	
Petersab. 100 fl. 3 M.	215,00	bz	
Marienb. 100 fl. 3 M.	212,40	bz	
Oberschl. Eis.-Bed.	4	42,00	G
Östend	4		
Phönix B.-A. Lit. A	4	85,50	bz
Phönix B.-A. Lit. B	4	42,00	G
Stedenhütte conf.	4	104,00	bz
Rhein.-Hof. Bergw.	4	73,75	bz
Cöln.-Winden	6		
Magd.-Halberstadt	3	88,00	G
Stobwasser Lampen	4	25,00	bz
Unter den Linden	4	8,75	G
Wöhrlert Maschinen	4	18,00	B

*) Wechsel-Ges.			
W. v. 55 a 100 Th.	3½	144,50	bz
Gess. Prich. a 40 Th.	—	310,00	bz
Bald. Pr.-A. v. 67.	4	134,25	B
do. 35 fl. Öblig.	—	212,00	G
Bau. Präm.-Anl.	4	135,00	B
Braunsch. 20 fl. —	101,00	bz	
Brem. Anl. v. 1874	4	100,60	G
Göln.-Wd.-Pr.-Anl.	3½	130,50	bz
Defst. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00	B
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	121,25	bz
do. II. Abth.	5	119,00	B
Hamb. 50-Dhr.-L.	3	190,25	bz
Bübeder Pr.-Anl.	3½	180,50	bz
Medib. Eisenhant.	3½	93,50	bz
Kleininger Losse	—	27,50	bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	120,60	bz
Oldenburger Losse	3	150,40	bz
D.-G.-C.-B.-Pfdbr. 110	4½	104,10	G
do. do.	5	108,90	B
Dtsch. Hypoth. unf.	5	103,40	bz
do. do.	4½	102,00	bz
Mein. Hyp.-B.	5	101,00	G
Kred. Grdt.-B.-A.	5	99,90	bz
Pomm. Hyp.-Pfdbr.			

bigt — Ztnr. Regulierungspreis — bez. — Weizen mehl ver 100 Kilogramm brutto 00: 32,50—31,00 Mark, 0: 30,00—29,00 M. 0: 1/2: 29,00—28,00 Mark. — Roggen mehl infl. Sack 0: 27,50—25,00 Mark, 0: 1/2: 26,00—25,00 Mark, per November 25,15—25,05 bezahlt, per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — M. bez., per Februar-März — Mark bezahlt, per Juni-Juli — M. bez., per April-Mai 224½ bezahlt, per Januar-Februar — Mark bezahlt. Gekündigt 20,000 Zentner. Regulierungspreis 238 M. bez. — Roggen ver 1000 Kilo loko 190—195 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 190—192½ ab Bahn bezahlt, hochsteiner 193 M. ab Bahn bezahlt, flammer — M. ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. R. bezahlt, seiner — M. ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per November 193½ bis 194—192½ bez., per Nov.-Dezember 187—187—186½ bez., per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — Mark bez., April-Mai 174½—175½—174½ bez., Mai-Juni 172—173—172 bez., Gekündigt 10,000 Zentner. Regulierungspreis 193½ Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 150—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 148—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 146 bis 150 bezahlt, ost- und westpreußischer 145—157 bezahlt, pommerischer und Niedermärker 152—155 bezahlt, schlesischer 152—158 bez., böhmischer 152—158 bezahlt, sein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per November 150 bez., per November-Dezember 148½ B., per Dampf-Januar — Br., per April-Mai 151 bez., per